

Pressespiegel vom 09.02.2012

Sächsische Zeitung

Wie Sie am 13. Februar Flagge zeigen können

Von Franziska Dähn

Die Nazis wollen im Zentrum marschieren. Eine Menschenkette soll die Innenstadt deshalb wie ein schützendes Band umschließen.

Hand in Hand, in stillem Gedenken vereint. Zur Menschenkette am 13. Februar sind alle Dresdner aufgerufen, den Opfern der Bombennacht von 1945 zu gedenken. Um sich querzustellen, wenn das Gedenken von Nazis instrumentalisiert wird. Die Stadt rechnet mit rund 10.000 Teilnehmern. Die SZ zeigt, wie die Menschenkette ablaufen wird.

Wann geht es mit der Menschenkette los?

Nach dem Gedenken auf dem Heidefriedhof beginnt die Aktion ab 17 Uhr vor dem Rathaus. Dresdens Erster Bürgermeister, Dirk Hilbert (FDP), eröffnet die Veranstaltung, auch der Anmelder und TU-Rektor, Hans Müller-Steinhagen, wird zum Auftakt sprechen. Die Dresdner können sich ihren Platz im Verlauf der Menschenkette suchen. Gegen 18 Uhr sollen die Menschen auf der Neustädter Seite der Elbe das Königsufer und die Altstadt Dresdens umschließen. Die Kette soll 15 Minuten geschlossen bleiben. In dieser Zeit läuten alle Dresdner Glocken. An der Synagoge schenkt das Jugendrotkreuz den Demonstranten heißen Tee aus. Die Stadtratsfraktionen betreuen entlang der Strecke Infostände.

Wie kann ich mich bei der Aktion engagieren?

Die Stadt hofft nicht nur auf rege Teilnahme an der Menschenkette, sondern sie sucht dafür auch noch Ordner, die zudem zur Kundgebung am 18. Februar zum Einsatz kommen könnten. Dafür gibt es heute, 18 Uhr, sowie am 13. Februar, 16.30 Uhr, im Lichthof des Rathauses eine Schulung. Interessenten können sich auch noch kurzfristig im Rathaus anmelden.

Wo werden denn die Nazis demonstrieren?

Kernbereich der Nazi-Demos ist die Wilsdruffer Vorstadt, insbesondere der 26er-Ring zwischen Wiener Straße und Schweriner Straße. Es sind ein Neonazi-Aufzug sowie mehrere Protestdemonstrationen angemeldet. Dazu werden bis zu 2.000 Rechtsextremisten und bis zu 3.000 Teilnehmer an Gegenaktionen erwartet, sagte ein Polizeisprecher der Nachrichtenagentur dpa. Im Unterschied zu vergangenen Jahren werden die Lager nicht weiträumig durch die Elbe getrennt. „Das wird sich alles auf engerem Raum abspielen.“ Etwa 4.500 Beamte aus Sachsen und anderen Bundesländern werden im Einsatz sein.

Wo sind Behinderungen wahrscheinlich?

Am 26er-Ring wird es Absperrungen und Kontrollen geben. Nachmittags sind Teile der Innenstadt gesperrt. Zwischen 18 Uhr und 18.15 Uhr wird hier der Verkehr

wegen der Menschenkette stillstehen. Allein 120 Polizisten sind im Einsatz, um den Verkehr zu regeln.

Warum wurde das Symbol der Menschenkette gewählt?

So verschieden die Ansichten der politischen Lager zum geeigneten Gedenken auch sind, sich auf das Symbol der Menschenkette zu einigen, fiel der AG 13. Februar leicht. „Ich sage lieber Symbol als Zeichen“, so AG-Moderator Frank Richter. „Zeichen sind eindeutig, Symbole mehrdeutig.“ Worte seien immer auch ein Quell des Missverständnisses, die Menschenkette jedoch ein Ort der Stille. „Das öffnet die Gedanken und Herzen dem Gedenken“, formuliert Richter. „Wer sich anschickt, anderen die Hand zu reichen, hört auf, die Faust zu ballen.“ Eine Botschaft aus der Elbestadt an diesem Tag heiÙe deshalb und in Erinnerung an den Herbst 1989: „Keine Gewalt!“.

Was kann ich zusätzlich zum Gedenken tun?

Um dem Gedenken eine andere Perspektive zu geben, verteilt die AG Postkarten, die an die Rathäuser in Warschau und Rotterdam adressiert sind. Die Karten zeigen die 1939 und 1940 durch deutsche Luftangriffe zerstörten Städte. „Das weitet den Horizont“, sagt Harald Lamprecht von der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen. Er hofft, dass zahlreiche Karten frankiert und verschickt werden.

In Dresden hat zudem der Verkauf der WeiÙen Rosen begonnen, unter anderem in den Dresdner SZ-Treffpunkten. Die Blume gilt als Symbol gegen den Missbrauch des Gedenkens an die Zerstörung der Stadt. Die WeiÙe Rose kostet zwei Euro, 75 Cent davon gehen an die Stiftung Toleranz.

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2983979>

Menschenkette soll Dresden vor Neonazis schützen

Tausende werden am Jahrestag der Zerstörung in der Innenstadt erwartet.

Dresden. Im Gedenken an ihre Zerstörung im Februar 1945 will die Stadt Dresden am kommenden Montag und am 18. Februar sichtbare Signale gegen Krieg, Rechtsextremismus und Gewalt setzen. Bei einer Menschenkette um die Innenstadt am 13. Februar sollen Tausende für ein paar Minuten innehalten, sagte der Leiter der Landeszentrale für politische Bildung und Sprecher der städtischen Arbeitsgruppe „13. Februar“, Frank Richter, gestern. Eine Botschaft aus der Elbestadt heiÙe in Erinnerung an den Herbst 1989 „Keine Gewalt“: „Wer sich anschickt, anderen die Hand zu reichen, hört auf, die Faust zu ballen.“ Für den Tag haben auch Rechtsextreme eine Demonstration angemeldet.

Am 18. Februar ist eine Veranstaltung „Mut, Respekt und Toleranz“ geplant. Ein breites gesellschaftliches Bündnis solle Farbe bekennen, sagte Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP). Um die Vielfalt der Stadt sichtbar werden zu lassen, sollen die Dresdner Gartenzäune, Autoantennen oder Fenster mit farbigen Tüchern und Bändern versehen.

Aufmärsche von Rechtsextremisten und Gegendemonstrationen haben das Gedenken in Dresden in der Vergangenheit immer wieder überschattet. (dpa)

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/Menschenkette_soll_Dresden_vor_Neonazis_schuetzen/articleid-2983936

Danke, Frank Richter!

Denni Klein

über den 13. Februar

Der Theologe hat im Streit um den 13. Februar zwischenzeitlich seinen Glauben verloren, den Glauben an die Dresdner Demokraten. Als „Verhinderungsmafia“ bezeichnete der Leiter der Arbeitsgruppe 13. Februar die Teilnehmer in seiner Dresdner Rede am Sonntag. Eindrucksvoll hat er geschildert, wie beschwerlich der Weg zu einem Minimal-Kompromiss war. Er hat auch keinen Hehl daraus gemacht, dass er gern mehr erreicht hätte.

Und doch hat Frank Richter für Dresden viel erreicht. Undenkbar war es noch vor einem Jahr, dass Linkspartei und CDU mit einer Stimme als Demokraten sprechen. Anfangs vermittelten die Politiker und Lobbyisten den Eindruck, „sich nicht einmal mit ihrem Gegner gemeinsam über schönes Wetter freuen zu können“, beschrieb es Richter. Jetzt werden sie am 13. Februar zusammen in der Menschenkette stehen. Sie werden am 18. Februar gemeinsam für ein tolerantes Dresden werben. Das ist ein erster, ein großer Schritt. Alle sonst so gegensätzlichen Seiten überwinden ihre politische Gegnerschaft und setzen sich gemeinsam gegen Rechts ein. Das Zeichen ist stark. Hoffentlich stark genug, um nun all jene zu überzeugen, die aus Angst vor gewalttätigen Nazis und linken Extremisten, wegen der Kälte, aus Politikverdrossenheit oder auch nur aus Faulheit bisher den Protest hinter der Gardine am Fenster demonstriert haben. Am 13. und 18. Februar müssen alle, die dem Missbrauch des Gedenkens entgentreten wollen, sich aufraffen. Den Weg dafür hat Frank Richter geebnet.

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2983983>

Dresdner Neueste Nachrichten

Blockaden am 19. Februar 2011: bisher ein Freispruch, eine Geldstrafe

Thomas Baumann-Hartwig

Dresden(DNN). Das Bündnis "Nazifrei - Dresden stellt sich quer" ruft auch in diesem Jahr wieder zu Blockaden von rechtsextremen Aufzügen am 13. und 18. Februar auf. Die Justiz ist derweil noch damit beschäftigt, das Blockadegeschehen vom 19. Februar 2011 aufzuarbeiten. An der Reichenbachstraße, Ecke Fritz-Löffler-Straße hatten damals Polizisten aus Nordrhein-Westfalen rund 800 Blockierer eingekesselt. 400 gelang der Ausbruch aus dem Kessel, von den anderen 400 nahmen die Beamten die Personalien auf.

Rund 200 der namentlich erwähnten Personen bekamen später Post vom Amtsgericht Dresden - gegen sie wurde ein Strafbefehl wegen "Störung von öffentlichen Aufzügen" verhängt. Die Verfahren gegen die übrigen 200 mutmaßlichen Blockierer wurden gegen Geldauflagen oder teilweise ohne Auflagen eingestellt - je nachdem, wie die Beweissituation war.

Mehr als 80 mit einem Strafbefehl belegte Personen gingen in Einspruch vor das Amtsgericht, die ersten beiden Urteile liegen vor. In einem Fall gab es einen Freispruch - der Richter folgte der Argumentation des Angeklagten, er sei nur zufällig in den Polizeikessel geraten und habe gar nicht blockieren wollen. In einem zweiten Verfahren gab es eine Verurteilung bei einem anderen Richter, der dem Angeklagten keinen Glauben schenkte und von einer Teilnahme an der Blockade ausging. Die Demokratie müsse es aushalten, wenn unliebsame Minderheiten Aufmärsche abhalten, begründete der Jurist sein Urteil - der mutmaßliche Blockierer muss eine Geldstrafe von 300 Euro zahlen, die ein bekannter Dresdner Kabarettist übernehmen will.

Ein weiteres Verfahren wurde ausgesetzt, weil die Betroffene erklärte, sie habe nicht gewusst, dass sie sich mit ihrem Aufenthalt auf der Kreuzung strafbar machen würde. Die Polizei habe per Durchsage erklärt, die Blockierer würden eine Ordnungswidrigkeit begehen. Ein Bußgeld sei ihr das Eintreten gegen Rechts wert gewesen, so die Betroffene. In einem vierten Verfahren müssen noch Zeugen gehört werden.

© DNN-Online, 09.02.2012, 13:22 Uhr

<http://www.dnn-online.de/web/dnn/specials/dresden-gedenken/detail/-/specific/Blockaden-am-19-Februar-2011-bisher-ein-Freispruch-eine-Geldstrafe-683940409>

SPD ruft bundesweit zu Protest gegen Neonazis in Dresden auf

dpa / sl

Dresden. Die SPD hat bundesweit dazu aufgerufen, die friedlichen Proteste gegen Neonazis in der kommenden Woche in Dresden zu unterstützen. „Dresden braucht unsere Courage: Gegen Rechtsextremismus und Gewalt!“ ist der Titel des am Donnerstag veröffentlichten Aufrufes, den unter anderen Parteichef Sigmar Gabriel, die SPD-Landesvorsitzenden, die SPD-Regierungschefs und Kommunalpolitiker der Partei unterschrieben haben. „Wie keine andere Partei in Deutschland steht die SPD in der Tradition des Widerstands gegen Faschismus und Gewaltherrschaft“, betonte Sachsens SPD-Vorsitzender Martin Dulig.

Bereits im Dezember hatte die SPD auf ihrem Bundesparteitag einstimmig die Unterstützung des Bündnisses Dresden-Nazifrei beschlossen. Auch mit weiteren Initiativen hatten die Sozialdemokraten zuletzt wiederholt zum Widerstand gegen den geplanten Naziaufmarsch am Montag in Dresden aufgerufen.

© DNN-Online, 09.02.2012, 12:41 Uhr

<http://www.dnn-online.de/dresden/web/regional/politik/detail/-/specific/SPD-ruft-bundesweit-zu-Protest-gegen-Neonazis-in-Dresden-auf-1317279270>

4500 Polizisten sichern 13. Februar – Freistaat und Stadt rufen zu friedlichen Protest gegen Rechtsextremismus auf

Dresden (DNN/tbh/dpa). Die Dresdner Polizei bereitet sich auf einen Großeinsatz am 13. Februar vor. Für den 67. Jahrestag der Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg sind ein Neonazi-Aufzug sowie mehrere Protestdemonstrationen angemeldet. Nach

derzeitigem Stand werden bis zu 2000 Rechtsextremisten und bis zu 3000 Teilnehmer an Gegenaktionen erwartet, sagte gestern ein Polizeisprecher.

Im Unterschied zu vergangenen Jahren werden die Lager nicht weiträumig durch die Elbe getrennt. „Das wird sich alles auf engerem Raum abspielen.“ Kernbereich ist die Wilsdruffer Vorstadt rund um den Sternplatz, wo es Absperrungen, Einschränkungen und Kontrollen geben wird. Rund 4500 Beamte aus Sachsen und anderen Bundesländern sowie der Bundespolizei sind im Einsatz. „Auftrag bleibt, dass wir allen die Durchsetzung des Versammlungsrechts ermöglichen müssen“, erklärte der Polizeisprecher. Rechte Aufmärsche und Gegendemonstrationen überschatten seit Jahren den Gedenktag. Mit Blockaden verhinderten tausende Demonstranten 2010 und 2011 Neonazi-Aufmärsche. Vor einem Jahr waren bei gewalttätigen Ausschreitungen von Linken und Rechten mehr als 100 Polizisten verletzt worden. Auch diesmal gibt es Blockadeaufrufe und daher die Furcht vor neuen Gewaltausbrüchen.

Im Gedenken an ihre Zerstörung im Februar 1945 will die Stadt am Montag und am 18. Februar sichtbare Signale gegen Krieg, Rechtsextremismus und Gewalt setzen. Bei der geplanten Menschenkette um die Innenstadt am 13. Februar sollen Tausende für ein paar Minuten innehalten, sagte der Leiter der Landeszentrale für politische Bildung und Moderator der Arbeitsgruppe „13. Februar“, Frank Richter. „Wer sich anschickt, Anderen die Hand zu reichen, hört auf, die Faust zu ballen.“ Eine Botschaft aus der Elbestadt an diesem Tag heiÙe in Erinnerung an 1989 „Keine Gewalt!“

Sachsens Landesregierung ruft zum mahnenden Gedenken und friedlichen Protest gegen den Missbrauch des 13. Februar durch Rechtsextremisten auf. Die Landeshauptstadt und der Freistaat Sachsen seien kein Aufmarschplatz für Ideologen und rechtes Gedankengut, sagte Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU). „Am 13. Februar zeigen wir der Welt, wie friedliche Demonstranten diesem Spuk Einhalt gebieten.“

Dies sei unter dem Eindruck des braunen Terrors wichtiger denn je, betonte Innenminister Markus Ulbig (CDU). Die Mörder der Zwickauer Terrorzelle handelten im Namen der menschenverachtenden Ideologie, von der auch die Neonazi-Aufmärsche am Dresdner Gedenktag getragen würden. Daher sollten Demokraten Seite an Seite stehen.

Die dreigeteilte Stadt

Von Thomas Hartwig

Am 13. Februar wollen wieder Neonazis durch Dresden marschieren. Die Bevölkerung ist gespalten: Wegsehen, protestieren oder blockieren? Der Moderator der städtischen Arbeitsgruppe 13. Februar meint, es müsse nicht „Nazis raus!“, sondern „Nazis rein!“ heißen.

Die Dresdner neigen seit jeher dazu, jedes Problem mit unbarmherziger rhetorischer Härte zu diskutieren. Beim Bau der Waldschlößchenbrücke bildeten sich Fronten von „Brücken-Dschihadismus“ bis „Barbarei“, beim jetzt anstehenden Umbau des Kulturpalastes ist der Tonfall mit „Verschandelung“ oder „ewige Verhinderer“ nicht minder scharf. Kein Wunder, dass auch das bevorstehende Gedenken zum 13.

Februar die Dresdner Bürgerschaft spaltet. Im Gegensatz zu Waldschlößchenbrück und Kulturpalast aber nicht nur in zwei, sondern sogar drei Lager.

Die Mehrheit der Dresdner will das Gedenken an die Opfer der Bombennacht 1945 still und individuell begehen. Oder ganz in Ruhe gelassen werden. Die zweite Gruppe hat es satt, dass Rechtsextreme den 13. Februar für ihre Zwecke umdeuten und will dagegen protestieren. Gruppe drei kommt radikaler daher und fordert: „Neonazis blockieren!“

Das ist die Gemengelage in diesem Jahr, in der Vergangenheit war es übersichtlicher. Da versuchte die Mehrheit nach Kräften, die Neonazis zu ignorieren, die sich spätestens seit 1998 lautstark bemerkbar machten. Lange blieb es wenigen Antifa-Aktivisten überlassen, am Rande der Aufzugstrecken höhnisch „Stalingrad“ zu rufen. Über Nacht etablierte die braune Szene ihren europaweit größten Aufmarsch in Dresden, 2005 marschierten 6500 alte und junge Rechtsextreme mehr oder weniger ungehindert durch die Stadt.

Für dieses Jahr wird mit maximal 2000 Rechtsextremen gerechnet. Die braune Szene ist hoffnungslos zerstritten, die Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO), die die Aufmärsche in Dresden anmeldete, gibt es faktisch nur noch auf dem Papier. Ihre Anmeldungen für den 11., 13. und 18. Februar hat sie längst zurückgezogen.

Das ist die eine Seite. Seit 2010 stoßen die Neonazis aber auch auf erbitterten Widerstand. Das Bündnis „Nazifrei – Dresden stellt sich quer“ blockierte 2010 erfolgreich einen Aufmarsch von 6500 Rechtsextremen, die am Bahnhof Neustadt festsaßen und keinen Meter marschieren konnten. Auch 2011 stoppten Blockaden am 19. Februar die Neonazis. „Nur Blockaden können verhindern, dass Rechtsextreme durch Dresden marschieren“, sagt Stefan Thiele, Sprecher des Bündnisses. Rechte dürften sich nicht auf die Demonstrationsfreiheit berufen, weil sie das Grundgesetz bekämpfen würden.

Am Rande der Blockaden kam es 2011 zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen im Stadtteil Plauen, wo die Rechten marschieren sollten. Gewalttäter attackierten die Polizei massiv und zündeten Barrikaden an. Das Bündnis betont zwar immer wieder seinen „Aktionskonsens“, in dem Verzicht auf Gewalt festgeschrieben sei. Laut Landesamt für Verfassungsschutz sieht die Realität aber anders aus: Die Gewalttäter würden den Blockierern den Rücken frei halten und die Polizei beschäftigen, haben die Verfassungsschützer beobachtet.

Unter dem Eindruck der Straßenschlachten von vor einem Jahr rief der amtierende Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) im Juni eine Arbeitsgruppe 13. Februar ins Leben, in der alle demokratischen Parteien im Stadtrat, Kirchen, Verbände, Vereine und Institutionen vertreten sind. Ihre Aufgabe: Das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus bündeln. Es war das erste Mal in Dresden, dass sich Politiker und Interessenvertreter unterschiedlichster Couleur an einen Tisch setzten und ein Ziel verfolgten.

Hilbert bat den Leiter der Landeszentrale für politische Bildung, Frank Richter, die Moderation der Arbeitsgruppe zu übernehmen. Eine exzellente Wahl – Richter saß schon 1989 in Dresden am „Runden Tisch“ und schaffte es, die bei der Blockade-Frage verstrittenen Parteien zu einen: „Wir haben deutlich gemacht, dass wir als

städtische Arbeitsgruppe nicht zu Blockaden aufrufen. Was der Einzelne in seiner Verantwortung tut, bleibt seine Sache und wird von uns nicht kommentiert“, sagt Richter.

Es sei darum gegangen, den kleinsten gemeinsamen Nenner der unterschiedlichsten Mitglieder der Arbeitsgruppe zu finden. Der laute: friedlicher Protest gegen Neonazis. Der Aufruf zur Menschenkette am 13. Februar und eine Großkundgebung gegen Extremismus und für Toleranz am 18. Februar auf dem Schlossplatz sind die Ergebnisse der Arbeitsgruppe. „Das sind zwei ganz kleine Schritte. Aber sie zeigen, dass es geht, dass CDU, FDP, Linke, Grüne und Freie Bürger gemeinsam miteinander etwas unternehmen können.“ Auch wenn er mitunter geglaubt habe, eine Einigung sei nicht möglich, weil die Parteien zu sehr verstritten gewesen seien und sich selbst über schönes Wetter hätten nicht gemeinsam freuen können.

Dass Lars Rohwer im vergangenen Jahr den CDU-Kreisvorsitz abgeben musste, hat beigetragen zum breiten bürgerschaftlichen Bündnis. Rohwer verband Engagement gegen Rechtsextremismus mit Krawallen und Randalen, er rief jahrelang zum stillen Gedenken statt zum offenen Protest auf. Die Wende kam mit dem neuen Vorsitzenden Andreas Lämmel, für den Protest in Hör- und Sichtweite der Rechtsextremen kein Teufelszeug ist.

„Wir müssen den 13. Februar neu denken“, sagte Richter, „aber niemand denkt gerne neu, alle halten lieber am Alten fest.“ Der Stadt sei in ihrem Gedenken eine Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus aufgezwungen worden. Dem habe sie sich zu stellen, ob sie wolle oder nicht. „Ich wünsche Dresden ein Erfolgserlebnis, ich hoffe, dass es gut geht und die Bilder positiv sind, die von Dresden ausgestrahlt werden.“

Und Blockaden? Richter, ganz Moderator, bleibt moderat: „Ich respektiere die Gewissensentscheidung jedes Einzelnen“, sagt er. Zu Blockaden rufen vor allem Prominente auf, die nicht in Dresden leben. Albrecht Nollau, Dresdner Superintendent, zeigte sich kürzlich überrascht von einem Blockadeaufruf der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus. „Es wäre schön, wenn man mit uns Verantwortlichen vor Ort gesprochen hätte.“ Er rufe nicht zu Blockaden auf, weil es dabei nur um das Sieg-Niederlagen-Schema ginge. Das sei ihm zu wenig, Kampf gegen Rechtsextremismus sei mühsam und langwierig.

Richter sieht es ähnlich. Mit den Protesten am 13. und 18. Februar sei es nicht getan. Statt „Nazis raus!“ zu rufen, müsse man sich die Frage stellen, wie ein „Nazis rein!“ gelingen könne, eine Integration von jungen Menschen als Mitbürger in die Gesellschaft. Das gelinge nur, wenn die politischen Themen, die Rechtsextreme besetzen, enttabuisiert würden. „Wir müssen uns ja auch überlegen, warum Tausende zu Sarrazin strömen. Weil er der Einzige ist, der Themen anspricht“, so Richter.

Ob er die Herkulesaufgabe auf sich nimmt, nächstes Jahr wieder eine Arbeitsgruppe 13. Februar zu moderieren, lässt er offen. Auch wenn er schon jede Menge Anfragen hat: „Wir müssen über die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe reden und ihre Zielstellung. Und über die Form der Kommunikation mit dem Bündnis nazifrei...“

Sachsens Landtag bleibt am 13. Februar dicht - Präsident verteidigt Regelung

dpa

Dresden. Sachsens Parlament bleibt am kommenden Montag für die Öffentlichkeit geschlossen. Am Donnerstag verteidigte Landtagspräsident Matthias Rößler die „Zutrittsregelung“ am Tag des Gedenkens an die Zerstörung von Dresden im Zweiten Weltkrieg. Demnach dürfen nur Abgeordnete, die Regierung, Verwaltungsmitarbeiter und einige ausgewählte Funktionsträger das Parlament betreten. Rößler verwies darauf, dass diese Regelung schon in den vergangenen Jahren ohne Widerspruch akzeptiert worden sei. Die Maßgabe soll verhindern, dass der Landtag zur Bühne für politische Manifestationen wird.

Die Linken beschwerten sich am Donnerstag noch einmal. Sie hatten Bundestagsvizepräsidentin [Petra Pau](#) (Linke) zu einer parteiinternen Beratung eingeladen und sehen nun ein faktisches Hausverbot erteilt. Fraktionschef André Hahn forderte Rößler auf, Pau am Montag einzulassen. „Wir können uns doch unsere parlamentarischen Abläufe nicht von rechten Aufmärschen oder anderen Aktivitäten der Nazis diktieren lassen“, argumentierte er. Am Jahrestag der Zerstörung Dresdens marschieren regelmäßig Neonazis aus ganz Deutschland in der Elbestadt auf. Dagegen sind eine Fülle von Aktionen geplant.

© DNN-Online, 09.02.2012, 14:48 Uhr

<http://www.dnn-online.de/web/dnn/politik/detail/-/specific/Sachsens-Landtag-bleibt-am-13-Februar-dicht-Praesident-verteidigt-Regelung-2239540475>

Mitteldeutscher Rundfunk

Der 13. Februar in Dresden – Audiobeitrag MDR 1 Radio Sachsen

http://www.mdr.de/sachsen/dresden/audio173016_zc-cf5ff0a4_zs-6689deb8.html

Erhebung von Mobilfunkdaten: Dresdner Polizei informiert nur schleppend über Erfassung von Handydaten

Auch ein Jahr nach den massenhaften Erhebungen von Mobilfunkdaten durch die sächsische Polizei in Dresden sind nach MDR-Recherchen die meisten Betroffenen noch nicht darüber informiert worden, warum und in welchem Umfang Ihre Daten gesammelt und ausgewertet wurden.

Datenschützer sieht Behörden in der Pflicht

So moniert der rechtspolitische Sprecher der Linken im sächsischen Landtag, Klaus Bartl, dass er sich am 13. Februar 2011 im Demonstrationzug befunden habe. Jedoch habe er bis heute keinen Bescheid über die Erfassung und Verwendung seiner Handy-Daten erhalten. Bartl warf der sächsischen Justiz und der Staatsregierung vor, sie bauten alle möglichen Hürden auf, um die gesetzlichen Informationspflichten gegenüber den Betroffenen zu umgehen oder zu verzögern.

Auch Sachsens Datenschutzbeauftragter Andreas Schurig bestätigt die schleppende Aufklärung durch die Staatsanwaltschaft und nimmt die Behörden in die Pflicht. Er erwarte von der Staatsanwaltschaft, dass sie Vorbereitungen trifft, um die

Benachrichtigungen durchzuführen. Es sei bald ein Jahr seit den Funkzellenabfragen vergangen und es werde jetzt Zeit, dass bei den Benachrichtigungen etwas durch die pflichtigen Behörden passiere. Nach Ansicht Schurigs besteht eine Benachrichtigungspflicht der Behörden. Diese unterscheide sich von der Auskunft nach einem Antrag des Betroffenen.

Betroffene werden nur auf Anfrage informiert

Während der Demonstrationen am 13. und 18./19. Februar 2011 in Dresden hatte das sächsische Landeskriminalamt die Mobilfunkdaten Tausender Demonstranten und Dresdner erfasst und ausgewertet. Unter den Betroffenen waren auch Politiker, Kirchenvertreter und Journalisten.

Die Staatsanwaltschaft Dresden informiert die Betroffenen bisher nur dann, wenn sich diese an die Behörde wenden. Sie benachrichtigt nach eigenen Angaben nur die Personen, die ein berechtigtes Interesse bekundet hätten. Die Beantwortung der Anfragen sei auf ein Jahr verlängert worden. Stichtag sei der 23. Februar 2012.

Pro und Contra bei Anhörung im Bundestag

Mit der Massenabfrage von Handydaten beschäftigte sich am Mittwoch auch der Rechtsausschuss des Bundestags. In der öffentlichen Anhörung wurden Gesetzentwürfe der Linken und Grünen diskutiert. Die Linke will die sogenannte Funkzellenabfrage abschaffen. Die Abfrage greift ihrer Ansicht nach massiv in die Grundrechte ein, insbesondere in das Fernmeldegeheimnis. Die Grünen wollen die Datensammlung einschränken. Sie monieren, dass derzeit erhebliche Grundrechtseingriffe nur unzureichend begrenzt werden könnten. Nach dem Willen der Grünen soll ein Richter künftig seine Erlaubnis für eine Funkzellenabfrage detailliert begründen. Auch soll die Datenabfrage erst beim Verdacht auf schwerere Straftaten möglich sein.

Bei der Anhörung wiesen Staatsanwälte die Vorschläge zurück. Datenschützer und Anwälte dagegen plädierten für eine Änderung oder eine Abschaffung der Funkzellenabfrage.

Nächste Massenabfrage droht

In wenigen Tagen stehen in Dresden erneut Demonstrationen aus Anlass der Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg an. Neonazis haben für den 13. Februar einen Aufmarsch angemeldet. Mehrere Gegendemonstrationen sind angekündigt. Auch für den 18. Februar sind Aktionen geplant. Das sächsische Justizministerium und die Staatsanwaltschaft schließen nicht aus, dass es in diesem Zeitraum wieder eine Funkzellenabfrage geben wird.

Zuletzt aktualisiert: 08. Februar 2012, 19:08 Uhr

http://www.mdr.de/sachsen/funkzellenabfrage102_zc-f1f179a7_zs-9f2fcd56.html

Radio Dresden

Polizei bereitet Absperrmaßnahmen zum 13. Februar vor

Polizei bereitet Absperrmaßnahmen für 13. Februar vor. Per LKW wurden am Vormittag bereits die ersten Gitter zum Hauptbahnhof gebracht. Sie werden zunächst abgelagert und später aufgebaut. 4500 Beamte werden am Montag im Einsatz sein. So soll zum Beispiel die Straße zwischen Hauptbahnhof und Bahnhof Mitte abgeperrt werden. Autofahrer müssen sich auf massive Behinderungen einstellen.

[http://www.radiodresden.de/nachrichten/lokalnachrichten/polizei-bereitet-
abspermassnahmen-zum-13-februar-vor-513023/](http://www.radiodresden.de/nachrichten/lokalnachrichten/polizei-bereitet-abspermassnahmen-zum-13-februar-vor-513023/)

Morgenpost, Ausgabe Dresden

Menschenkette am 13. Februar – Rathaus sucht noch Ordner

Zum letzten Mal trafen sich gestern die Organisatoren der AG 13. Februar. Dabei wurde klar: Der Zusammenschluss von Parteien, Kirchen und Gewerkschaften stößt an seine Grenzen.

Deutlichstes Zeichen: Allein für den 18. Februar war eine Demo in Hör- und Sichtweite der Nazis geplant. Doch die scheinen gar nicht nach Dresden zu kommen und mobilisieren einzig für den 13. Februar. „Für diesen Tag sind keine Aktionen in Hör- und Sichtweite geplant“, bestätigt AG-Moderator Frank Richter.

Das deutlichste Zeichen gegen Rechts am 13. Februar soll die Menschenkette rund um die Dresdner Altstadt sein. Hier rechnen die Organisatoren mit etwa 10 000 Teilnehmern. Für einen reibungslosen Ablauf werden noch Ordner gesucht. Wer helfen will: Heute Abend um 18 Uhr findet im Lichthof des Rathauses eine Einweisung statt.

Die Polizei rechnet am kommenden Montag mit einem Großeinsatz, vor allem in der Wilsdruffer Vorstadt. Allein 120 Beamte werden eingesetzt, um den Verkehr in Dresden zu regeln. **DiHe**

BILD, Ausgabe Dresden

Menschenkette soll so bunt wie möglich werden

Dresden – Wenn am Montag die Sachsen – allen voran OB Helma Orosz (58) und Landesvater Stanislaw Tillich (52, beide CDU) – den Opfern des Bombenterrors vom 13. Februar 1945 gedenken, soll es besonders bunt werden. Die Veranstalter rufen dazu auf, bunte Kleidung zu tragen oder auch farbige Fähnchen und Tücher an Autos, Fenstern oder Gartenzäunen aufzuhängen.

Auf der Dresdner Facebook-Seite gibt es wieder eine virtuelle Menschenkette der Online-Nutzer. Alle Infos unter www.13februar.dresden.de oder Tel. 0351/4833000
